Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

113 (8.3.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 113 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Freitag, 8. März 1918** — 77. Jahrgang. — **Mittagsblatt.**

Erfolgreiche Luftangriffe auf Nancy.

Der Vorfriede mit Rumänien.

WTB. Wien, 8. März. (Wiener k. k. Tel. Kor.-Büro.) Aus Bukarest wird gemeldet: In der gestrigen und in der vorgestrigen Sitzung der Friedenskonferenz im Schlosse Buftea wurden im wesentlichen der Arbeitsplan der Konferenz festgesetzt. Es sollen ein politischer, ein militärischer, ein rechtspolitischer und ein handelspolitischer Ausschuß gebildet werden. Die Vertreter der Vierbundsmächte werden in alphabetischer Folge den Vorsitz führen. Die Sitzungen werden fortan nicht auf dem Schlosse Buftea, dessen Entfernung von Bukarest immerhin beträchtlich ist, sondern in dem in der Nähe von Bukarest gelegenen königl. Schloß Petroceni stattfinden.

WTB. Wien, 6. März. Die Blätter erhalten von unterrichteter Seite folgende Bemerkungen über die hauptsächlichsten Bedingungen des Vorfriedens mit Rumänien: Die Rückgabe der Dobrudscha bis an die Donau in die Hände des Vierbundes erfolgt, um Rumänien diesen Entschluß zu erleichtern. Dieser Punkt betrifft Oesterreich-Ungarn nur indirekt. Die Zusicherung eines Handelsweges sowohl zu Lande von Cernavoda bis Constanza, dann zur See von Constanza über das Schwarze Meer gibt Rumänien die Möglichkeit seiner Wiederaufrichtung in friedlicher Arbeit und beweist, daß die Mittelmächte keine wirtschaftliche Erdrosselung Rumäniens anstreben. Die Grenzberichtigungen an der siebenbürgischen Grenze sind im großen und ganzen zum Schutz des Eisernen Tores, der Bergwerke von Petroseeni, sowie der Vorsorge gegen die Erneuerung eines hinterlistigen Ueberfalls bestimmt, die keineswegs tief in das rumänische Gebiet hineingreifen und natürlich auch keinen annexionistischen Charakter tragen. Die wirtschaftlichen Forderungen beziehen sich namentlich auf die Einfuhr von Petroleum, sowie landwirtschaftlicher Produkte. Die Räumung des österreichisch-ungarischen Gebietes durch die rumänischen Truppen betrifft die letzten Reste des von Rumänien besetzt gehaltenen Gebietsstreifens in der Dreiländerecke. Die Bestimmung endlich, daß Rumänien den Truppentransport der Verbündeten nach Odessa eisenbahntechnisch unterstützen werde, erschien notwendig, um die Sicherheit des Abtransportes großer in Odessa lagernder Getreidemengen auf der Wolga und dem Dnjepr, sodann nach der Donaumündung über die Donau nach den Zentralstaten sicherstellen, damit auf diesem Wege die endgültige Durchbrechung des von den Feinden um die Mittelmächte gelegten Blockaderinges gesichert erschien.

() Frankfurt a. M., 8. März. Ueber den rumänischen Friedensvertrag wird der „Frankf. Ztg." aus Berlin gemeldet: „Unser Interesse bei dem Friedensschluß mit Rumänien bewegt sich lediglich auf wirtschaftlichem Gebiet. Es soll eine starke Beteiligung Deutschlands an der rumänischen Petroleum-Industrie sichergestellt werden, und es soll dafür gesorgt werden, daß die Ueberschüsse aus den rumänischen Getreide-Ernten auf lange Zeit hinaus Deutschland zu gute kommen. Eine Kriegsentschädigung in bar wird von Rumänien nicht verlangt. Es sollen aber die Requisitionen, die von uns in einem ungefähren Betrage von 1 Milliarde in Rumänien vorgenommen sind, aufgerechnet werden. Konstanza soll Freihafen werden und wird auf diese Weise nicht nur die Existenzmöglichkeit Rumäniens sichern, sondern auch für uns am Schwarzen Meere einen wichtigen Hafenplatz darstellen, der uns einen Verkehr nach Osten sichert."

() Wien, 7. März. (Priv.-Tel.) Das „Neue Wiener Tagblatt" meldet: Vertreter des Handels-, des Finanz-, sowie des Arbeitsministeriums begeben sich heute nach Rumänien, um dort die wirtschaftlichen Interessen Oesterreichs wahrzunehmen. Die Delegierten der Regierung sind von Fachleuten aus der Petroleumindustrie begleitet.

Die Ratifizierung der Friedensverträge.

() Berlin, 7. März. Die Ratifizierung des Friedensvertrages mit der Ukraine wird voraussichtlich in den nächsten Tagen in Wien erfolgen. Was die Ratifizierung des Vertrags mit Großrußland betrifft, so hat, wie wir hören, allerdings in den Sowjets eine Bewegung gegen den abgeschlossenen Frieden bemerkbar gemacht. Es scheint indessen, daß die Mehrzahl der Sowjetmitglieder die Politik des Volkskommissariats stützen wird, so daß auf die Bestätigung des Dokuments zu hoffen ist.

Wer blieb Sieger?

D. K. Die Entente beziffert nach ihren eigenen Heeresberichten die Gefangenen- und Beuteverluste der Mittelmächte seit dem 1. Dezember 1917 auf insgesamt:

9 656 Gefangene,
17 Geschütze,
322 Maschinengewehre,
18 Grabenwaffen.

Während des gleichen Zeitraumes konnten die gegen erdrückende Uebermacht an Streitern wie Material kämpfenden Mittelmächte einschließlich der letzthin im Osten zu Paaren getriebenen roten Garden als Gewinn buchen:

102 443 Gefangene,
3 633 Geschütze,
7 103 Maschinengewehre,
86 Grabenwaffen,
128 000 Gewehre.

Außerdem:

Viele tausend Fahrzeuge (darunter 500 Kraftwagen, 11 Panzerautos), mehrere Millionen Schuß Artilleriemunition,
47 Panzer-, Motor- und Lazarettboote,
22 Flugzeuge (ohne die abgeschossenen),
über 800 Lokomotiven und über 8000 Eisenbahnwagen, großenteils beladen mit Proviant; dazu unermeßliches Kriegsgerät, ungezählte Feldküchen mit Zubehör und vieles andere.

Außerdem wurden im Osten mehrere Korpskommandeure, viele hohe Stäbe von Armeen und Divisionen gefangen.

In diesen Zahlen ist die bereits vor einigen Tagen durch die Blätter gegangene Februarbeute einbegriffen.

Zum Friedensvertrag mit Finnland.

WTB. Berlin, 7. März.

In dem gleichzeitig mit dem Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsabkommen wird bestimmt, daß die Angehörigen eines jeden der vertragsschließenden Teile im Gebiete des anderen Teiles in bezug auf Handel und sonstige Gewerbe dieselben Rechte und Begünstigungen aller Art genießen, die den Inländern zustehen oder zustehen werden. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und alle anderen kommerziellen, industriellen und finanziellen Gesellschaften mit Einschluß der Versicherungsgesellschaften sollen auch in dem Gebiet des anderen Teiles als gesetzlich bestehend anerkannt werden und insbesondere das Recht haben, vor Gericht als Kläger oder Beklagte aufzutreten. Die Zulassung solcher Gesellschaften zum Gewerbe- oder Geschäftsbetrieb, sowie zum Erwerb von Grundstücken usw. in dem Gebiet des anderen Teiles bestimmt sich nach den dort geltenden Vorschriften. Doch sollen die Gesellschaften dieselben Rechte genießen, die den gleichartigen Gesellschaften irgend eines dritten Landes zustehen.

Die Boden- und Gewerbe-Erzeugnisse sollen nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung behandelt werden. Diese Bestimmungen beziehen sich indessen nicht auf die Begünstigung des Grenzverkehrs, auch nicht auf die Begünstigungen, die einer der vertragschließenden Teile einem mit ihm zollgeeinten Lande oder Gebiete gewährt und auch nicht auf die, die Deutschland, Oesterreich-Ungarn oder einem anderen mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenen Landes, das an Deutschland unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Oesterreich-Ungarn zollverbündetes Land mittelbar angrenzt, der seinen eigenen Kolonien usw. gewährt wird.

Während des Bestehens dieses Abkommens wird der finnische Zolltarif nach dem Stande vom 1. Januar 1914 gegenüber Deutschland in Anwendung kommen. Der Tarif darf während dieser Zeit Deutschland gegenüber weder erhöht noch durch Zölle auf bisher zollfreie Waren erweitert werden.

Auch bezüglich der Eisenbahnen und Seeschiffahrt wird Meistbegünstigung vereinbart.

Hinsichtlich des Schutzes des gewerblichen Eigentums und des Urheberrechtes gelten die Bestimmungen der revidierten Pariser Uebereinkunft vom 2. Juli 1911 und der revidierten Berner Uebereinkunft vom 23. November 1908.

Der Post- und Telegraphenverkehr soll nach den Bestimmungen des Weltpostvertrages und seiner Nebenabkommen aufgenommen werden. Die näheren Festsetzungen erfolgen durch Abkommen zwischen den beiderseitigen Verwaltungen. Schon jetzt wird vereinbart, daß die Telegramme bis auf weiteres über Schweden geleitet werden und daß die Wortgebühr für ein gewöhnliches Telegramm 25 Zentimes betragen soll.

Zur Regelung der Konsularverhältnisse, der Nachlässe, des Rechtsschutzes und der Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten sollen tunlichst bald Verträge abgeschlossen wer-

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(51) (Nachdruck verboten.)

„Astrid, ich wundere mich, daß deine Mama sich so sehr auf diese Reise nach Ostende kapriziert hat! Will sie noch immer den Ernst der politischen Lage nicht einsehen?" fragte Adelheide.

Die beiden jungen Damen saßen beim Tee in der geräumigen mit bequemen Korbmöbeln, vielen blühenden Blumen und großen, grünen Blattpflanzen ausgestatteten Loggia vor Adelheids Wohnzimmer.

„Mama ist wie ein großes verwöhntes Kind, Heide! Dabei eigensinnig. Papa gibt ihr um des lieben Friedens willen nach. Sie läßt sich niemals überzeugen, und Eure Befürchtungen verlacht sie in ihrer Unwissenheit."

„Sie sind aber nicht zum verlachen!" sagte Adelheide, und dann umfaßte sie die Schwägerin und Freundin: „Ich habe solche Angst, solche wahnsinnige Angst vor dem, was uns droht — fühlst du es denn nicht?" Sie schluchzte auf.

Liebreich streichelte Astrid die Weinende; sie hatte die immer ruhige, stets so maßvolle Adelheide noch nie so fassungslos gesehen; sie war erschreckt dadurch:

„Beruhige dich, Liebe! In deinem Zustand jetzt, siehst du alles viel schwärzer! Bernhard und Peter sind doch guten Mutes!" tröstete sie.

„Sie verstellen sich! Ich hab sie wohl beobachtet! Fühlst du denn die Spannung nicht, die überall in der Luft liegt, seit Oestorreich den Krieg an Serbien erklärt hat? Beobachte die Leute auf der Straße! Man wartet — wartet auf etwas schreckliches, Unausbleibliches — auf den Krieg! Und der Krieg kommt! Bleibe bei mir, Astrid, gib deine Reise auf! Bleibe bei mir, wenn Bernhard fort muß!" Sie preßte ihr Gesicht an Astrids Schulter, und ihr Körper bebte so, daß Astrid die Weinende stützen mußte.

„Ja, meine Heide! Mit tausend Freuden!"

„O, ich danke dir für dieses Opfer, du Liebe!"

„Es ist gar kein Opfer — mir liegt wenig an dieser Reise."

Adelheide wurde ruhiger; doch ungläubig schüttelte sie den Kopf, als Astrid weiter sprach: „Sicher bleibt der Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien lokalisiert — es kann ja gar nicht anders sein! Diese ungeheure Verantwortung, einen Weltenbrand zu entfesseln, nimmt letzten Endes kein Staat auf sich er wird im letzten Augenblick doch zurückschrecken."

Aber sie glaubte es selbst nicht mehr so recht, da sie sich der Worte erinnerte, die Alfred Rehfeld erst kürzlich gesagt. Bis dahin hatte sie garnicht ernstlich darüber nachgedacht, was alle Gemüter erregte; aber die Luft in Berlin wirkte doch eigentümlich! Sie selbst war voller Unruhe und Erwartung: wie eine geheimnisvolle Strömung war es, die alle Menschen durchflutete und nach einem Ziele riß.

„Hättest du doch recht!" sagte Adelheide leise und schloß die Augen; mit Rührung blickte Astrid auf die junge Frau.

Bernhard und Peter kamen heute früher vom Dienst. Die Herren beabsichtigten am Abend mit den Vermehrenschen Damen auf Wunsch der Geheimrätin noch irgend eine der zahlreichen Vergnügungsstätten zu besuchen. Beiläufig warf Peter hin: „Du, Heide, es ist nicht ausgeschlossen, daß Papa morgen mit Sanna kommt, weil sie Astrid vor ihrer Abreise nochmals sehen wollen." Er vermied dabei den Blick der Schwester.

Adelheide richtete sich auf. „Papa kommt? Jetzt — zur Erntezeit? Uebrigens: Astrid reist nicht; sie bleibt bei mir."

„Astrid!"

Dankbar sah Bernhard auf das schöne Mädchen, das ihm zunickte.

„Ja, Bernhard! Sie bleibt bei mir, weil — du — doch fort mußt!" Adelheids Stimme erstarb in einem heißeren Flüstern; betreten blickten sich die Herren an. —

Bernhard war, entgegen seinem Versprechen, das er der Geheimrätin gegeben, zu Hause geblieben, so daß Peter allein mit Astrid nach Berlin ins Hotel zurückfuhr, wo sie von Frau Vermehren und Ursula bereits ungeduldig erwartet wurden.

Unterwegs sagte Astrid zu ihm: „Bitte, lieber Peter, rede du der Mama diese Reise aus, oder wende dich unauffällig zuerst an Ursula, damit sie auf die Mama einwirkt; die Kleine hat mehr Einfluß auf sie, als ich."

„Ja, Astrid, Liebste, auch ohne deine Bitte hätte ich es getan! Sogar im Auftrag deines Vaters, der morgen mit Papa oder übermorgen kommen wird, euch zurückzuholen."

„Peter", erschrocken sah sie ihn an, „wird es doch mehr? Ich kann es noch nicht fassen! Nein, es gibt keinen Krieg! Das ist doch ausgeschlossen — ich glaube es nicht — nein!"

„An uns liegt es auch nicht! Wir tun das Menschenmöglichste! Aber wir lassen uns auch nicht an den Wagen fahren — und bereit sein, ist alles! Wir wünschten es wohl von unserem soldatischen Standpunkt aus — einmal muß die große Abrechnung kommen — und jetzt besser als später! Es ist ja noch nicht jede Hoffnung auf Erhaltung des Friedens geschwunden." Er fühlte, wie die feine, schlanke Mädchenhand in der seinen bebte.

Er neigte sich gegen sie. „Sorgst du dich?"

Sie hielt die Augen fest geschlossen und nickte. "Es wäre furchtbar."

Da zog er ihre Hand an seine Lippen. „Ich komme ja wieder, und vorher —"

Ah, verstand er sie so? An ihn allein hatte sie doch gar nicht gedacht!

Zu ihrer Erleichterung hielt das Auto jetzt vor dem vornehmen Hotel, in dem die Mama mit ihnen abgestiegen war. —

Am nächsten Mittag fuhren Peter, Astrid und Ursula nach der Bahn, um Graf Westenfeld und Sanna abzuholen. Sannas Taschentüchlein flatterte zur Begrüßung aus dem Wagenfenster, und sie war die erste, die aus dem Zuge heraussprang.

„Da sind wir! Wir bringen herzliche Grüße von Eurem Vater, der aber erst morgen kommen kann! Dafür hat uns jemand anders begleitet."

Und wer das war, sah Astrid gleich: Doktor Rehfeld stieg nach dem Grafen aus. Das Herz klopfte ihr; wie ernst er war!

Er verabschiedete sich gleich am Ausgange des Bahnhofes.

„Auf Wiedersehen, Doktor! Telephonieren Sie mir also," sagte der Graf, ihm die Hand schüttelnd, „und grüßen Sie Herrn von Mühlingk, den ich auch zu sehen hoffe."

„Ach ja, bitte, von mir auch!" rief Sanna.

Der Graf schob seinen Arm unter den des Sohnes. „Weiß Gott, mein Junge, zu Hause hielt ich's nicht mehr aus! Diese Spannung benimmt einem ganz den Atem — und ich will meinem König nahe sein.

Peter nickte ernst.

„Uns hier geht es ebenso! — Möchten wir doch losschlagen, Vater, ist unser aller einziger Gedanke."

(Fortsetzung folgt.)

den, die den Anschauungen und Verhältnissen der Gegenwart entsprechen. Bis dahin soll der deutsch-russische Konsularvertrag, die deutsch-russische Konvention von 1874 und das Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 gelten.

Ein Vertrag über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern und über die Rechtshilfe in Strafsachen soll auf neuzeitlicher Grundlage geschlossen werden. Jeder vertragsschließende Teil wird die Zeitwanderung seiner Angehörigen in das Gebiet des anderen Teiles zur Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben gestatten. Dieses Abkommen soll zwei Wochen nach dem Austausch der Bestätigungsurkunden in Wirksamkeit treten.

Eine Zusatzerklärung besagt, daß das Abkommen vorerst keine Aenderung der Vorschriften bewirken soll, die in bezug auf Gesellschaften gewisser Art die finnische Staatsangehörigkeit zur Bedingung machen, doch sollen auch in dieser Hinsicht die Angehörigen des Deutschen Reiches den Finnländern tunlichst bald gleichgestellt werden.

*

Die finnischen Revolutionäre.

WTB. Stockholm, 7. März. Wie „Sozialdemokraten" aus Helsingfors erfährt, hat am Montag eine Beratung zwischen den finnischen revolutionären Kommissaren, darunter Manner und Sirola und schwedischen Sozialisten, sowie einem dänischen Sozialisten über einen Vermittelungsvorschlag stattgefunden. Bei Eröffnung der Sitzung erhielt Manner ein Telegramm, daß sich die Deutschen Aaland näherten. Die Mitteilung rief eine starke Bewegung hervor.

„Politiken" berichtet, daß durch Vertrag der zwischen der revolutionären Regierung in Petersburg und Helsingfors Rußland an Finnland nördliche Gebiete abgetreten habe, sodaß letzteres das Eismeer erreicht. Finnland hat einen kleineren Landstreifen an Rußland abgetreten.

Eine Proklamation General Mannerheims.

);(Basel, 6. März. Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet aus Wasa: General Mannerheim erließ eine Proklamation, worin er sagt: Ich schwöre im Namen der finnischen Bauernarmee, deren Oberbefehlshaber ich bin, das Schwert nicht in die Scheide zu stecken, bevor gesetzliche Ordnung im Lande errichtet worden ist und sämtliche Festungen in unseren Händen sind und der letzte leninistische Krieger aus Finnland vertrieben ist.

* * *

Die deutsche Hilfe für die Finnen.

WTB. Stockholm, 7. März. Wie „Nya Daglight Allehanda" aus Wasa erfährt, ist das Hilfsgesuch der finnischen Regierung an Deutschland vor allem dadurch veranlaßt worden, daß finnische Rote Garden aus Esthland und Livland nach Finnland strömten und dort die Revolutionären unterstützten. Die Roten Gardisten im Süden Finnlands tuen alles, um ihre wankende Herrschaft zu befestigen. In Wiborg wurden alle bürgerlichen Zeitungen verboten. In Richinacki wurden die Bürger zu Zwangsarbeiten angehalten. Sie müssen scheuern und die Priester werden gezwungen, die Latrinen der Russen zu leeren.

*

Norwegen und Finnland.

)(Berlin, 7. März. Der „Lokalanzeiger" meldet aus Kopenhagen: Der norwegische Verteidigungsminister Holdtfod gab gestern im Storthing eine aufsehenerregende Erklärung bezüglich Finnlands ab. Zur Beratung stand der Antrag des Ausfalls der diesjährigen Militärübungen zugunsten der landwirtschaftlichen Arbeiter. Der Minister erklärte, die russische Gefahr sei nur durch die finnische Gefahr abgelöst worden. Eine gewisse Richtung von finnischen Politikern glaubt Anspruch auf norwegische Häfen erheben zu dürfen. Diese Ausführungen riefen großes Aufsehen hervor.

)(Berlin, 7. März. Aus Christiania wird der „Voss. Ztg." berichtet: Die Arbeiter Christianias demonstrierten gestern gegen die bisherige Lebensmittelpolitik. Vor dem Storthing versammelten sich gestern viele Tausend Menschen. An das Storthing wurde eine Entschließung gesandt, welche die Einstellung der Waffenübungen fordert, um die Lebensmittelerzeugung zu fördern. Die Kundgebung verlief ruhig. Das Storthing verwarf den Vorschlag der Einstellung der Waffenübungen, aber er ermächtigte die Regierung, die Uebungen so anzuordnen, daß die Landbestellung nicht durch die Einziehung von Menschen und Pferden leide. Der Kriegsminister teilt mit, daß der Generalstab einen Plan ausarbeite, um weibliche Arbeiterschaft für die Landwirtschaft zu mobilisieren.

* * *

Unruhen in Christiania.

WB. Christiania, 7. März. (Ritzaus Büro.) Am Nachmittag und Abend fanden an verschiedenen Stellen der Stadt Unruhen statt, an denen sich der Mob beteiligte. Vorwiegend jugendliche Personen drangen in die Läden und Bäckereien ein, plünderten sie und zerstörten Vorräte. In der Karl Johannstraße wurde ein großer Bäckerladen gestürmt. Die Polizisten nahmen mehrere Verhaftungen vor.

Die Stimmung in Rußland.

);(Berlin, 8. März. Ueber zwei Drittel der Sovjets sollen dem Friedensschluß der Bolschewiki zugestimmt haben.

Der „Voss. Ztg." zufolge habe Lenin gemeint, nur Schwätzer könnten von der Fortsetzung des Krieges reden. Die ganze bürgerliche Welt Rußlands ersehne die Anwesenheit der Deutschen. Wo sie erschienen, würden sie mit offenen Armen empfangen.

WB. Petersburg, 7. März. Nach einer Meldung der Pet. Tel.-Ag. legten im Sovjet-Rat bei der Behandlung der Friedensfrage der Sozialrevolutionär der Linken, Tscherepanow, die dringende Notwendigkeit des Kampfes dar, und schlug vor, sich an die Bauern und die Arbeiter zu wenden.

Die Befreiung von Kiew.

)(Berlin, 8. März. Ueber die Befreiung von Kiew heißt es in einer Privatmeldung der „Nordd. Allgem. Ztg.": Fast ohne Kampf ist Kiew von den deutschen und ukrainischen Truppen besetzt worden. Die bolschewistischen Soldaten leisteten kaum nennenswerten Widerstand.

Neutrale Stimmen zum Frieden im Osten.

WTB. Amsterdam, 7. März. „Standard" schreibt zu dem Frieden mit Rußland: Wenn Deutschland jetzt Rußland einen Frieden aufzwingen mußte, aber ohne Annexionen und Entschädigungen in Geld, an wem liegt dann die Schuld, wenn nicht an den unverbesserlichen Bolschewisten und ihrer aufkeimenden Halsstarrigkeit? Ueber den Frieden mit Rumänien schreibt das Blatt: Es ist ein harter Friede, aber auch hier muß man fragen, an wem liegt die Schuld? Rumänien hat sich nur aus Raubsucht, nicht aus irgend einem triftigen Grunde an dem Kampfe beteiligt und kehrt nun als betrogener Betrüger zurück. Es ist noch lange nicht gewiß, ob es sich in Bessarabien für seine anderweitigen Verluste schadlos halten kann.

Die diplomatischen Geheimpapiere.

* Die Enthüllung, die Herr Pichon in der Sorbonne über die Instruktionen an den deutschen Botschafter in Paris gemacht hat, ist Gegenstand einer gewissen Erregung geworden. Soweit Frankreich in Betracht kommt, ist das zu verstehen. Es war ja der Zweck der Uebung, die französische Leidenschaft wieder etwas zum Aufflackern zu bringen. Es ist aber gar kein Anlaß gegeben, daß sich dieser Erregungszustand auch auf Deutschland irgendwie übertragen sollte. Der Auftrag an den deutschen Botschafter, Toul und Verdun als etwaiges Neutralitätspfand zu fordern, war sicher nicht in dem Sinne gemeint, Frankreich dadurch in wirksamer Weise vom Kriege fernzuhalten. Eine solche Absicht wäre allerdings unter Anwendung eines solchen Mittels kein diplomatisches Befähigungszeugnis gewesen. In der Tat wird es sich wohl auch nur darum gehandelt haben, dem deutschen Botschafter ein Mittel in die Hand zu geben, das es ihm ermöglichte, die französische Regierung am Ausweichen zu verhindern, sie dazu zu zwingen, Farbe zu bekennen. Der Verlauf der Dinge überhob den deutschen Botschafter dann dieser Mühe, da schon die erste Antwort der französischen Regierung so deutlich war, daß sie jede Nachfrage überflüssig machte. Lassen wir also den Franzosen das billige Vergnügen, sich über die Depesche vom 31. Juli aufzuregen. Sie ist in keiner Weise ein diplomatisches Beweisstück, das man im Ernst gegen uns verwenden könnte.

So weit die französische Enthüllung für uns überhaupt einen unangenehmen Beigeschmack hat, liegt er in der Tatsache, daß wieder einmal ein deutsches Geheimpapier den Weg in unberufene Hände gefunden hat. Das feindliche Ausland hat uns fast seit Beginn des Krieges mit solchen Fundstücken bombardiert, während wir ahnungslos in den Krieg gegangen sind, und erst in Brüssel durch Zufall entdecken mußten, daß Belgien seine Neutralität aus freien Stücken zerrissen hatte. Dagegen haben unsere Feinde immer wieder Waffen aus unserem diplomatischen Geheimarsenal entnommen, um uns in ein falsches Licht zu setzen. Wie erklärt sich dieser Gegensatz? Warum haben unsere Geheimdepeschen so oft das Schicksal, dem Zweck des Feindes zu dienen, warum hüten unsere Feinde ihre diplomatischen Geheimnisse so gut, daß wir erst durch den siegreichen Einmarsch hinter die Geheimnisse der belgischen Neutralität kommen konnten? Diese Frage, die sich durch manche andere ähnlicher Art erweitern ließe, wäre einmal einer ernsten Prüfung wert.

Die Wahrheitsliebe des Lloyd Georges.

WTB. Amsterdam, 7. März. Die englische Wochenschrift „Truth" erklärt, sie könne in Zukunft den Mitteilungen Lloyd Georges über den U-Bootkrieg nach den unrichtigen Angaben, die er bisher darüber gemacht habe, nicht mehr trauen. Im August habe er erklärt, daß im ersten Halbjahre 1917 484 000 Tonnen Handelsschiffsraum erbaut worden seien und daß in der zweiten Hälfte 1 090 000 Tonnen vollendet werden würden. Nach den Angaben Bonar Laws im Unterhaus seien nur wenig mehr als 60 Prozent davon hergestellt worden. Lloyd George hat ferner im August mitgeteilt, daß 330 000 Tonnen durch Kauf erworben worden seien, wogegen tatsächlich nur 140 000 Tonnen gekauft wurden. Einen dritten „Irrtum" habe Lloyd George begangen, indem er versprach, daß in dem Jahre 1917 der englische Schiffsraum um 1 904 000 Tonnen vermehrt werden würde, wogegen diese Vermehrung nur 1 333 477 Tonnen betragen habe, also eine Uebertreibung von 42,8 Prozent.

Die Erklärungen Geddes im englischen Unterhaus.

WTB. London, 7. März. Das Reutersche Büro meldet: Der Teil der Rede des Ersten Lords der Admiralität Sir Erik Geddes, in dem er über die Aussichten der deutschen U-Boote, von ihren Fahrten zurückzukehren, sprach, hat im Unterhaus einige Verblüffung hervorgerufen. Später hat Sir Erik erklärt, er habe sagen wollen, daß von je vier oder fünf U-Booten eines versenkt wurde.

WTB. Amsterdam, 7. März „Allgemeen Handelsblad" erfährt aus London: Nach der Rede von Sir Erik Geddes wies Asquith nachdrücklich auf die Lage im Handelsschiffsbau hin. Er war der Ansicht, daß es verhängnisvoll und schimpflich sein würde, wenn England in diesem Kriege im Schiffsbau unterliegen würde. Man müsse mehr Schiffe haben. Asquith fragte, ob es nicht gut sein würde, wenn einflußreiche Parlamentsmitglieder die Mittelpunkte des Schiffsbaues im Clyde und an anderen Orten aufsuchen würden, um die Arbeiter und Arbeitgeber mit dem Gedanken zu durchdringen, daß es sich um eine Existenzfrage handele.

WTB. Amsterdam, 7. März. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London meldet, bedauerte Asquith in seiner Antwort auf die Rede Sir Erik Geddes', daß über den Umfang der englischen Schiffsverluste und über die getroffenen Maßnahmen, die Verluste wieder einzubringen, nicht genug Mitteilungen gemacht werden. In seinem Voranschlage im November habe der Erste Lord der Admiralität gesagt, daß die Neubauten des Jahres 1917 dem Rekordjahre 1913 gleichkämen. Das Haus wird gerne erfahren, ob diese Erwartung in der Tat erfüllt wurde oder, wenn dies nicht der Fall, wie weit man der Erfüllung nahe gekommen sei. Bonar Law antwortete darauf, daß die Neubauten für die Kriegsflotte und Handelsmarine zusammen ungefähr dem Schiffsraume des Rekordjahres gleichkämen. Asquith verlangte hierauf die Bekanntgabe der Ziffern über die Handelsmarine und sagte, „Es müssen mehr Schiffe gebaut werden und sie müßten schneller fertig gestellt werden.

Die russischen Abtretungen an die Türkei.

Wie schon mitgeteilt, enthält der Friedensvertrag von Brest-Litowsk auch die Bestimmung, daß die ehemals türkischen Provinzen Batum, Erdehan und Kars von den Russen wieder an die Türkei zurückgegeben werden müssen. Diese Bezirke, die vier Jahrhunderte lang zur Türkei gehört haben und von Rußland im Jahre 1878 als Ersatz für eine von der Türkei nicht bezahlte Kriegsentschädigung an sich gerissen wurden, liegen östlich von Erzerum, der türkischen Festung, die von den Russen im Laufe des Weltkrieges besetzt wurde. In Richtigstellung von irrtümlichen Angaben ist hervorzuheben, daß der Bezirk Erdehan nicht identisch ist mit dem Bezirk Erivan, der nicht in dem abzutretenden Gebiete liegt. Erdehan (auch Ardahan genannt) liegt nämlich zwischen Batum und Kars. Der Bezirk gehört zur Provinz Kars.

Die Deutschen in Amerika.

* Haag, 7. März. Das Kriegsministerium hat mitgeteilt, daß die nichtnaturalisierten Deutschen sich nicht frei in den Vereinigten Staaten bewegen könnten, weil sie im Sinne des Gesetzes als feindliche Ausländer betrachtet werden. Diejenigen die gegen diese Warnung verstoßen, werden interniert. Das Parlament hat einen Gesetzentwurf angenommen, wonach deutsche Frauen gleichfalls als feindliche Ausländer betrachtet werden. Das Justizministerium hat diesen Entwurf befürwortet. Bisher waren Frauen ausdrücklich außerhalb des Gesetzes, das für feindliche Ausländer gilt, gestellt. Es hat sich aber herausgestellt, daß deutsche Frauen von der Unverletzlichkeit ihres Geschlechts zum Schaden der Vereinigten Staaten Gebrauch gemacht haben.

Luftangriffe auf Nancy.

WB. Bern, 7. März. Pariser Blätter berichten, daß in der Nacht vom 26. zum 27. Februar zwischen 11 Uhr und Mitternacht deutsche Flugzeuge mehrere Luftangriffe auf Nancy unternahmen, wodurch in der Stadt und ihrer Umgebung beträchtlicher Schaden angerichtet wurde. Ungefähr 7 Personen wurden getötet. In der Stadt entstanden mehrere Brände; an mehreren Stellen fielen Häuser eingestürzt und ungeheure Trichter aufgeworfen. Dem „Journal" zufolge sind beinahe alle Stadtviertel schwer getroffen.

Der Luftkrieg der Amerikaner.

WTB. Washington, 7. März. Die weitere Bewilligung von 450 Millionen Dollars für das Luftkriegsprogramm wurde durch das Kriegsdepartement vom Kongreß gefordert, über die bereits ausgeworfenen 640 Millionen Dollars hinaus. Der Senatsausschuß wurde benachrichtigt, daß 200 Millionen Dollars sofort gebraucht würden. Das Ziel ist, den Vereinigten Staaten auf ihrem Kampfabschnitt die Uebermacht im Luftkampf zu sichern. Der letzte Posten beträgt 50 Millionen zu Biwaken und Quartieren.

Japan und Sibirien.

WTB. Amsterdam, 8. März. „Amsterdam Handelsblad" schreibt zu den Meldungen über das Vorgehen Japan in Sibirien: Alles Hin- und Hergerede dient nur dazu, um so schonend wie möglich auszusprechen, daß man in den Vereinigten Staaten die weitere Ausbreitung der Macht Japans in Ostasien sehr ungern sieht. Das ist, obwohl man es in verschleierten Erklärungen in Abrede stellt, jedermann deutlich. „Das neue Japan, so sagte der „Newyork American" kürzlich, erhebt sich unverhüllt und drohend im Rücken der Vereinigten Staaten."

WTB. Newyork, 8. März. Nach einer halbamtlichen Meldung des „Associeted Preß" aus Washington, haben sich Japan und seine Verbündeten auf dem Grundsatz geeinigt, daß, wenn sich der deutsche Einfluß in Sibirien in schädlicher Weise geltend macht und unmittelbare Gefahr für den Verlust von Kriegsvorräten bestehe, Japan berechtigt sein soll, militärische Maßregeln zu ergreifen, um seiner Verpflichtung gemäß dem Frieden im fernen Osten für die Dauer des Krieges zu erhalten. Meinungsverschiedenheit bestehe darüber, ob Japan bei einer solchen Unternehmung unterstützt werden solle. Die Vereinigten Staaten erteilten keine formelle Zustimmung zu den Plänen Japans, aber die Lage Japans findet volles Verständnis, und wenn Amerika nicht förmlich zustimmt, so wird das keine ungünstige Wirkung auf die gegenseitigen Beziehungen haben.

WTB. London, 7. März. „Daily Mail" erfahren von maßgebender Seite, daß die Vereinbarung über die Intervention Japans in Sibirien jetzt grundsätzlich entschieden, aber solange aufgeschoben worden sei, bis der Beamte des britischen Botschafters eintrifft, der den Auftrag bekommen hat, sich von der japanischen Regierung über die folgenden zwei Punkte Gewißheit zu verschaffen: 1. Ueber welche Stücke der transsibirischen Bahn Japan seinen militärischen Schutz und seine Polizeimaßnahme ausdehnen wolle, 2. ob China Japan unterstützt und in welchem Umfange.

*

Die Vereinigten Staaten und die japanische Aktion.

(Haag, 7. März. Beamte des Weißen Hauses sind verstimmt über die Veröffentlichung einer Erklärung, wonach die Vereinigten Staaten dem japanischen Plan gegenüber eine andere Haltung als die Bundesgenossen der Vereinigten Staaten einnehmen sollen. Die Vereinigten Staaten hatten außer ihrer Zustimmung, mit Japan verhandeln zu wollen, keine offizielle Erklärung abgegeben. Alle Parteien seien sich darin einig, daß wenn die Gefahr bestehe, daß Deutschland in Sibirien Einfluß bekommen und die Vorräte in Wladiwostok in ihre Hände fallen, Japan mit energischen Maßnahmen das Richtige tue. Der Minister des Auswärtigen Amts hat ferner mitgeteilt, daß Japan in Washington keine direkten Vorschläge über ein Eingreifen in Sibirien gemacht habe. Ferner wurde betont, daß Großbritannien das Ministerium des Aeußern über die japanischen Pläne unterrichtet habe. Unterrichtete Kreise erklären, daß man in Washington das Verhalten Japans vollständig verstehe, so daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern keinesfalls gespannt werden, selbst wenn Amerika seine offizielle Zustimmung nicht erteilen sollte.

Der Hansa-Bund im Kampf gegen den Staatssozialismus.

Das Direktorium des Hansa-Bundes hat in seiner letzten Versammlung die ihm vom Präsidium vorgeschlagene Ergänzung der Richtlinien einstimmig angenommen. Dieser neue Teil der Richtlinien lautet:

„Der Hansa-Bund wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß auch in Zukunft die Eigenwirtschaft die feste und sichere Grundlage unserer Gesamtwirtschaft bleibe.

Es ist ein Lebensinteresse des Staates und der Gesamtwirtschaft, den freien und selbständigen, zur Berücksichtigung der Forderungen auch des Gemeinwohls durchaus geeigneten und gewillten Privatbetrieb zu erhalten, der auch den richtig verstandenen Interessen der Arbeiter Rechnung trägt. Die Tatkraft und Entschlußfähigkeit, die Schaffensfreude und der Wagemut des persönlich verantwortlichen und auch innerlich mit dem Unternehmen eng verknüpften selbständigen Unternehmers wird mehr denn je mitzuwirken haben bei der Wiederherstellung und Mehrung des Wohlstandes, der Leistungsfähigkeit und des Ansehens des Vaterlandes.

Im Interesse der dringend erforderlichen Entfesselung aller produktiven Kräfte, der Wiederherstellung des Mittelstandes und der Freizügigkeit sowie des Emporsteigens der Angestellten zu selbständigen Unternehmern wird daher der Hansa-Bund jede Zwangswirtschaft aufs schärfste bekämpfen, welche zur Ausschließung und Beschränkung des freien Handels auch in der Friedenswirtschaft und zur Bevormundung von Industrie, Gewerbe und Handwerk führt und führen muß. Es macht dabei keinen Unterschied, ob diese zwangswirtschaftliche Bevormundung in der Form direkter, beamtlich geleiteter Staatsmonopole oder in der Gestalt formell kaufmännisch geleiteter, aber tatsächlich staatlich gelenkter monopolistischer Schein-Privatbetriebe erfolgt.

Ebenso wird der Hansa-Bund energisch auftreten gegen jedes längere Fortbestehen und gegen jede Neuschaffung solcher Zwangssyndikate, die — im Gegensatz zu freien Vereinigungen der Beteiligten, deren Nützlichkeit der Hansa-Bund anerkennt — hinsichtlich ihrer Gründung, Leitung, Verwaltung und Auflösung behördlicher Entscheidung unterliegen."

In der Begründung dazu führte der Präsident des Hansa-Bundes, Geheimrat Dr. Rießer, M. d. R., u. a. aus: Niemand im Hansa-Bund verkenne, daß, wie vor dem Kriege, auch nach dem Kriege manche gemeinwirtschaftliche Einrichtungen bestehen werden. Darum handele es sich aber nicht, sondern nur darum, was in Zukunft die Grundlage unserer wirtschaftlichen Betätigung sein werde. Hier scheiden sich die Geister; grundsätzlich wolle eine Gruppe, und dazu gehören sehr einflußreiche Kreise, insbesondere solche aus den jetzigen Kriegsstellen, aber seltsamerweise sogar Kaufleute und Industrielle, dem Staate die

leitende Stellung im wirtschaftlichen Produktionsprozesse zuweisen.

Der Hansa-Bund aber kämpfe dafür, daß die Eigenwirtschaft auch in Zukunft die feste und sichere Grundlage unserer Gesamtwirtschaft bleibe. Trotz allen Nachteilen, die mit dem individuellen Wirtschaftsbetriebe, wie mit jedem Wirtschaftssystem gewiß verbunden seien, trotz den Krisen, die wir in Vergangenheit und in Zukunft auch unter ihrer Herrschaft durchmachen müssen, dürfe doch als Ergebnis des Systems der Eigenwirtschaft bis zum Kriege auf die gewaltige Zunahme aller Wirtschaftsgüter, die Steigerung des Wohlstandes, der Kulturbedürfnisse, und damit der Kultur selbst, in der ganzen Welt, vor allem aber in Deutschland, hingewiesen werden. Die wirtschaftliche Kraft, die uns das Durchhalten durch den Krieg ermöglicht habe, sei geschaffen durch die in Freiheit sich bewegende und entwickelnde Tätigkeit des privaten Unternehmertums. Wie mühsam versuche demgegenüber die organisierte Kriegswirtschaft in ihren zahllosen Kriegsgesellschaften und Kriegsstellen die an sie gestellten Anforderungen einer gegenüber dem Frieden ungemein vereinfachten und herabgedrückten Volkswirtschaft zu erfüllen. Auf Grund der Erfahrungen der Kriegszeit haben alle wirtschaftlichen Kreise, habe insbesondere der „ehrbare Kaufmann" eine wahre Sehnsucht, von Zwangswirtschaft und Monopolen befreit zu werden.

Gewiß habe unser Beamtentum Großes geleistet, aber hier stehe es an der Grenze seines Könnens; Unternehmungen, die rasches Zugreifen erfordern, deren Erfolg von der Initiative und der Anpassungsfähigkeit des Leiters an schnell wechselnder Sachlagen abhängig sei, könnten nicht von Beamten, die auf hunderte von Verordnungen, auf die Revision der Oberrechnungskammer und auf die Kritik des Parlaments und der Presse Rücksicht nehmen müssen, geleitet werden, hier sei nur der private Unternehmer am Platze. Und dem Staate mit seinem Beamten fehle nicht nur die Unternehmungslust sowie die Kraft, hohe Risiken einzugehen, ihm fehlte vor allem auch der Erwerbssinn, der nun einmal unentbehrlich sei.

Aus der Natur des Staates, der jedes Risiko scheut, ergebe sich, daß der Staat mit der Industrie in der Herstellung von Erzeugnissen nicht wetteifern könne. Staatsbetrieb werde, unter gleichen Umständen, stets teurer sein, als Privatbetrieb. Dabei habe der monopolistische Staatsbetrieb die Neigung, den Handel, den Vermittler des Produzenten und Verbrauchers, immer mehr auszuschalten. Im Staatsbetriebe gehe alles seinen durch Vorschriften geregelten Gang, nur sehr schwer könne sich die Individualität des einzelnen Geltung verschaffen. So sei für den Hansa-Bund seine Stellung gegeben: Gegen den Staatssozialismus und für die freie Betätigung von Handel, Gewerbe und Industrie.

Inzwischen hat Herr Geheimrat Dr. Rießer, im Reichstag als Fraktionsredner der nationalliberalen Partei neben anderen auch diese Gedanken unter lebhaftem Beifall entwickelt. Wir begrüßen es lebhaft, daß damit auch die nationalliberale Fraktion des Reichstags sich in die Reihen der Kämpfer für die Wiederherstellung der Freiheit von Handel, Gewerbe und Industrie gestellt hat.

Badischer Landtag.

BLC. Karlsruhe, 7. März. Der Ausschuß der Vertrauensmänner der Zweiten Kammer hat heute vormittag eine Sitzung abgehalten. Es wurde in Aussicht genommen, in der nächsten Woche keine öffentlichen Sitzungen abzuhalten. Für diese wird heute der Arbeitsplan festgestellt. In erster Linie soll das Budget fertig gestellt werden; es ist aber fraglich, ob das noch vor Beginn der Osterferien geschehen kann, die vom 23. März bis 9. April dauern.

Badische Politik.

Der liberale „Seebote" in Zentrumshänden.

⊻ Ueberlingen, 8. März. Der liberale „Seebote" ist nun doch durch Kauf in den Besitz des Herrn August König aus Konstanz übergegangen. Der Versuch des Herrn König auch den „Linzgauboten" anzukaufen, wurde von der Zentrumspartei abgelehnt. — Damit ist der liberale „Seebote", ein altes, angesehenes Blatt, das stets eine wertvolle Stütze des Liberalismus am Bodensee war, in die Hände eines Zentrumsverlegers übergegangen. Die Absicht des Herrn König, der ihn angekauft hat, bestand wohl darin, ihn mit dem „Linzgauboten" zu verschmelzen. Die Zentrumsleitung aber legte Wert darauf, in dem Bezirk zwei Parteiblätter zu besitzen.

Aus dem Großherzogtum.

Amtliche Nachrichten.

* Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat den Eisenbahnsekretär Eduard Deutsch in Langenbrücken nach Mingolsheim versetzt.

*

-+- Karlsruhe, 7. März. Die Arbeits-gemeinschaft der Verbände der kaufmännischen Angestellten hielt gestern abend im „Friedrichshof" eine öffentliche Versammlung ab, die sehr stark besucht war. Von den Mitgliedern der Zweiten Kammer waren 10 Abgeordnete erschienen, außerdem hatten verschiedene Behörden und Korporationen Vertreter entsandt. Der Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Stuttgart, Behringer, hielt einen Vortrag, in dem er die Gehaltsforderungen der Handlungsgehilfen, die einen Mindesttarif aufgestellt hatten, begründete. Landtagsabgeordneter Göhring versicherte, daß die Landtagsabgeordneten den Bestrebungen der kaufmänischen Angestellten mit Verständnis und Wohlwollen gegenüberstehen.

× Heidelberg, 8. März. In der Wohnung eines kinderlosen Ehepaares wurde ein Hamsternest ausgehoben. Man fand eine beträchtliche Menge Lebensmittel und zwar etwa 30 Hartwürste, 1½ Zentner geräucherten Speck und Schinken, einen Zentner Schmalz, 52 Gläser eingedünstetes Gänseschmalz, über 100 Eier, Weißmehl und anderes.

⊹ Pforzheim, 8. März. Hier wurden zwei „Windeltage" veranstaltet, um dem Mangel an Säuglingswäsche abzuhelfen. Wie groß der Besitz an Wäschestücken im allgemeinen noch ist, zeigte das günstige Ergebnis der Sammlung. Die Wäsche wird vom Freiw. Frauendienst zweckmäßig verarbeitet.

+ Singen-Hohentwiel, 8. März. In dem hiesigen Transformatorenhaus ist der Elektromonteur Anton Brun tödlich verunglückt.

Konstanz, 8. März. Ein hoffnungsvolles Bürschchen ist der 18jährige Hilfsarbeiter Johann Gleißner aus Wien. Er hatte dort seinen Eltern 2000 Kronen entwendet und war durchgebrannt. Auf seiner Reise kam er auch an den Bodensee und verübte in Steißlingen einen Einbruchdiebstahl, wobei ihm Schmucksachen und Bargeld in Höhe von 1800 ℳ in die Hände fielen. Von der hiesigen Strafkammer wurde der Bursche zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

× Preußische Boden-Kredit-Aktien-Bank. In der heutigen General-Versammlung wurde die vorgelegte Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung einstimmig genehmigt, dem Vorstande und dem Aufsichtsrate Entlastung erteilt und die Dividende auf 7 Proz. gleich 42 ℳ pro Aktie, zahlbar vom 6. März cr. ab, festgesetzt. Die Herren C. Michalowsky, Direktor der Deutschen Bank, Berlin, Dr. jur. Ed. von Eichhorn i. Fa. Eichhorn u. Co., Breslau, J. Geisler, Berlin-Lichterfelde, Paul Jüdel, Rentier, Berlin und O. Löhnefinke, Inhaber der Firma R. S. Nathalion Nachf., Braunschweig, deren Wahlzeit abgelaufen war, wurden einstimmig als Mitglieder des Aufsichtsrats wiedergewählt. Außerdem wurde an Stelle des krankheitshalber aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Herrn Kommerzienrat Colberg aus Halle a. S. eine Ersatzwahl vorgenommen und hiebei der derzeitige Treuhändler der Bank, Herr Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat Schumacher, Berlin, in den Aufsichtsrat neu gewählt.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 8. März 1918.

= Besuch des Großherzogs im Großen Hauptquartier. Der Großherzog stattete gestern dem Kaiser einen Besuch im Großen Hauptquartier ab. Die Rückkehr hierher erfolgte gestern.

= Reiche Spende. Von ungenannter Seite ist dem Großh. Staatsminister die Summe von 50 000 ℳ in 5 Proz deutschen Kriegsanleihen von 1917 mit Zinsscheinen ab 1. Januar 1918 zur freien Verfügung für einen oder mehrere badische Unterstützungsvereine zugegangen. Der Staatsminister hat den Betrag dem Verein „Badischer Heimatdank" überwiesen.

= Die Sommerzeit beginnt in diesem Jahre am 15. April vormittags 2 Uhr und endet am 16. September vormittags 3 Uhr. Die öffentlichen Uhren sind am 15. April vormittags 2 Uhr auf 3 Uhr vorzustellen und am 16. September vormittags 3 Uhr auf 2 Uhr zurückzustellen. Die Sommerzeit wird wieder eingeführt, weil sie sich in den Jahren 1916 und 1917 vollauf bewährt hat. Außer den anerkannten Vorteilen für die Volksgesundheit sind erhebliche Ersparnisse von den für Kriegszwecke nötigen Rohstoffe erzielt worden. Die Regelung der Sommerzeit entspricht sachlich ganz der vorjährigen, nur die Kalendertage sind etwas verschoben, weil die Sommerzeit an einem Montag beginnen und enden soll. Die Verhältnisse des Eisenbahnverkehrs lassen es den Eisenbahn- und Postverwaltungen wünschenswert erscheinen, daß der Uebergang von der einen Zeit in die andere in der Nacht von einem Sonntag zum Montag stattfindet. Demgemäß erschien im Jahre 1918 als geeigneter Tag zum Beginn der Sommerzeit der 15. April, zu ihrem Ende der 16. September. Da gegen 2 Uhr vormittags die wenigsten Eisenbahnzüge verkehren, empfiehlt sich dieser Zeitpunkt zum Uebergang.

= Zahlungen für den allgemeinen Pensionsfond im Bereich der preußischen Heeresverwaltung. Nach einer Anordnung des Kgl. preußischen Kriegsministeriums werden die Zahlungen für den Allgemeinen Pensionsfond im Bereich der preußischen Heeresverwaltung vom 1. April 1918 an nicht mehr an die Regierungshauptkassen und deren Sonderkassen, sondern durch die Reichs-Postanstalten geleistet. Die in Frage kommenden Ausgaben umfassen die militärischen Pensionen, Pensionsbeihilfen, Renten, Alterszulagen, die aus Militärfonds zu bestreitenden Witwen- und Waisengelder, Unterstützungen, Witwenbeihilfen und Ausgleichsbeihilfen an Hinterbliebene und dergl. Die Auszahlung aller Beträge erfolgt grundsätzlich durch die Postanstalten an den hierfür eingerichteten Zahlstellen. Zahlende Postanstalt ist die für den Wohnort des Empfängers zuständige Bestellpostanstalt. Die fortlaufend zahlbaren Gebührnisse usw. werden bereits am 29. oder, wenn dieser Tag ein Sonn- oder Feiertag ist, am 28. des der Fälligkeit der Gebührnissen vorhergehenden Monats (im Februar am 26.) gezahlt. Die Empfänger holen an den angegebenen Tagen, spätestens aber bis Ende des Monats, für den die Gebührnisse zustehen, ihre Bezüge selbst ab oder lassen sie abholen. Invaliden und Rentenempfänger haben hierbei ihr Rentenbuch vorzuzeigen. Die Empfänger laufender Zahlungen haben im Laufe des Rechnungsjahrs einmal, und zwar bei monatlichen Empfang die Quittung für März, bei vierteljährlichem Empfang die Quittung für das 4. Quartal amtlich beglaubigen zu lassen. Jahresquittungen werden nicht mehr ausgestellt. Die näheren Formalitäten sind bei den Postanstalten zu erfragen.

= Sammlung von getragenen Kleidungsstücken. Das mehrfach verbreitete Gerücht, die Reichsbekleidungsstelle beabsichtige eine allgemeine Beschlagnahme der in Privatbesitz befindlichen Männeroberbekleidungen bestätigt sich nicht. Eine Beschlagnahme ist nicht in Aussicht genommen, vielmehr eine zusammenfassende gleichmäßig über das ganze Reich sich erstreckende Organisation der freiwilligen Abgabe und Sammlung von getragenen Kleidungsstücken.

= Erfolge einer Karlsruher Künstlerin. Frau Lorentz-Höllischer, die als jugendlich-dramatische Sängerin an unserem Hoftheater tätig war und seit September v. J. an das Stadttheater in Breslau verpflichtet ist, hat dort, wie aus den Kritiken der Zeitungen zu ersehen ist, große Erfolge erzielt. So führte u. a. zu ihrer „Donna Anna im Don Giovanni" der „Breslauer Generalanzeiger" aus: „Frau Lorentz-Höllischer ist mit ihrer Anna in die erste Reihe der deutschen Hochdramatischen getreten; alles was sie hören und sehen ließ, war ganz wundervoll." — Ganz begeistert äußert sich die „Breslauer Zeitung" über die Wiedergabe der Isolde durch Frau Lorentz-Höllischer. Das genannte Blatt schreibt u. a.: „Das eigentliche Ereignis der Aufführung war Manie Lorentz-Höllischers Isolde. Sollte sich das Gerücht bestätigen, daß die Künstlerin zum überhaupt erstenmale die riesige Partie gesungen hat, dann wächst unsere Bewunderung ins Grenzenlose. Denn alle Seelenrätsel Isoldes schienen in ihr ihre Lösung zu finden. Nach der Figur und in der Sprache ihrer Augen und Mienen von bestechend königlicher Art und Würde, und doch auch ganz Weib in der Wärme des Herzens. Warben die holden Züge, das jugendlich liebreizende Wesen, die freie, durch nichts eingeengte Form des hoheitsvollen und doch echt menschlichen Benehmens und die Leidenschaftlichkeit schon äußerlich für Isoldes Persönlichkeit, dann noch um vieles mehr die Pracht ihrer sinnlich berauschenden Stimme, in der auch die verschwiegendsten Gedanken offenbar wurden. Jedes Crescendo enthüllte die Inbrunst des Sehnens, jedes Abschwellen des Tones das Versinken der Welt in Isoldes Nähe."

Gerichtsverhandlungen.

§§ Karlsruhe, 7. März. Als Geschworene für die Schwurgerichtsperiode im 2. Vierteljahre beim hiesigen Landgericht wurden ausgelost: Wilhem Gottstein, Monteur, Durlach; Ludwig Huck, Kaufmann, Durmersheim; Karl Eduard Aydt, Landwirt, Bilfingen; David Kassel, Gipsermeister, Rastatt; Fritz Höllischer, Hotelbesitzer, Baden; Karl Lindönfer, Landwirt und Bürgermeister, Dürrenbüchig; Florian Weber, Gemeinderat und Kaufmann, Mörsch; Albert Ludwig Nagel, Gasarbeiter, Linkenheim; Julius Ludwig Anselment, Wirt und Kaufmann, Ersingen; Eduard Bausch, Kaufmann, Pforzheim; Matthäus Neu, Maurerpolier, Mörsch; Jakob Huber, Handschuhfabrikant, Karlsruhe; Karl Leser, Oberrevisor, Karlsruhe; Joseph Buh, Kaufmann und Landwirt, Wiesental; August Claus, Kaufmann und Kohlenhändler, Dillweißenstein; Rudolph Mees, Architekt, Karlsruhe; Ludwig Dietrich, Kaufmann, Pforzheim; Eugen Langer, Kaufmann, hier; Albert Freund, Kaufmann, Odenheim; Friedrich Mayer, Privatmann, Etklingen; Franz Maier, Privatmann, Bruchsal; Ferdinand Schmied, Bäckermeister, Oestringen; Sebastian Weindel, Mälzereiarbeiter, Forst; Dr. Weckesser, Professor, Karlsruhe; Albert Diergardt, Lampengroßhändler, Bruchsal; Gustav Abel, Schlossermeister, Gernsbach; Julius Sandrock, Prokurist, Karlsruhe; Albert Frank, Oberinspektor und Direktor der Zuckerfabrik Waghäusel, Oberhausen; Friedrich Menzer, Privatmann, Karlsruhe; Adolf Lindemann, Kassierer und Landwirt, Stein.

* Breslau, 7. März. (Privattelegr.) Die Ehefrau des Magistratsassistenten Gohla wurde wegen Betrugs in 11 Fällen, wegen Beamtenbestechung und wegen Lotterievergehens zu insgesamt 6 Jahren Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und 1800 ℳ Geldstrafe, der Ehemann Gohla wegen Beihilfe zum Betruge in 9 Fällen zu 1 Jahr Gefängnis und wegen Lotterievergehens zu 300 ℳ Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hatte dabei als strafmildernden Umstand in Betracht gezogen, daß die Gläubiger der Frau Gohla zum größten Teil ihr Schicksal mitverschuldet haben, weil sie stille Teilhaber in einem Wucherergeschäft sein wollten.

Letzte Drahtberichte.

WTB. Berlin, 7. März. Wie der „Reichsanzeiger" bekannt gibt, ist der Legationssekretär a. D. Legationsrat von Sturm zum Wirkl. Legationsrat und Vortragenden Rat im Auswärtigen Amte ernannt worden.

WTB. Haag, 7. März. (Amtlich.) Das Ministerium des Aeußern teilt mit, daß die deutsche Regierung der Hilfskommission für Belgien den durch den Angriff eines U-Bootes auf den niederländischen Dampfer „Rijndijk" im April 1916 verursachten Schaden vergütet hat. Der an dem Schiff angerichtete Schaden ist bereits früher von ihr ersetzt worden.

WTB. London, 7. März. (Reuter.) „Daily Expreß" erfährt aus Newyork: Bei den Ersatzwahlen in Newyork am 5. März wurden die Demokraten mit großer Mehrheit gewählt. Infolgedessen haben die Demokraten jetzt im Kongreß die Mehrheit.

WTB. Madrid, 7. März. (Reuter.) Das Kabinett entschied sich einstimmig für die Militärreform. Eine Krise besteht nicht.

Wechsel im württembergischen Ministerium des Innern.

* Stuttgart, 7. März. Ein Wechsel im Ministerium des Innern gilt nach der „Schwäbischen Tagwacht" für nahe bevorstehend. Minister v. Fleischhauer hat in den letzten Jahren wiederholt schwere Erkrankungen überstanden, seine Gesundheit hat sich aber nicht wieder so gekräftigt, daß er die schwere Arbeitslast, die die Kriegszeit seinem Amte auferlegt, dauernd zu tragen in der Lage wäre. Als Nachfolger des Herrn v. Fleischhauer wird der bisherige stellvertretende Bevollmächtigte des Bundesrat Dr. v. Köhler, der seit einiger Zeit ein hervorragendes Amt in der belgischen Zivilverwaltung bekleidet, genannt. An der Richtigkeit dieser Mitteilung des sozialdemokratischen Blattes ist nicht zu zweifeln.

Zum Thronwechsel in Mecklenburg-Strelitz.

() Berlin, 7. März. Dem „Bel. Lokalanz." zufolge schreibt die „Mecklenburgische Zeitung" zur Frage der Thronfolge in Mecklenburg-Strelitz, es verlaute, daß Herzog Karl Michael nicht allein der deutschen Staatsangehörigkeit entsagt habe, sondern auch schriftlich auf seine Thronansprüche verzichtet habe.

Der Mörder Jaurès.

WTB. Bern, 7. März. Wie Pariser Blätter melden, wird die Verhandlung gegen den Mörder von Jaurès, Villain, am 26. März vor dem Schwurgericht des Seine-Departements stattfinden.

Tabakmangel in England.

WTB. Rotterdam, 6. März. Dem „Maasbode" zufolge schreiben „Evening News": Die Raucher in England werden für die weitere Dauer des Krieges ohne Zigarren, Zigaretten oder Pfeifen aushalten müssen. Es sei zwar noch für zwei Monate Tabak vorhanden, dieser müsse aber für die Soldaten und die Arbeiter in den Kriegsbetrieben reserviert werden.

Der deutsche Abendbericht.

WTB. Berlin, 8. März, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Die Daimler-Motoren-Gesellschaft unter militärischer Aufsicht.

WTB. Stuttgart, 7. März. Zwischen der Heeresleitung und der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim sind Differenzen entstanden, die dazu führten, der Leitung der Firma vorläufig eine militärische Aufsicht beizuordnen.

Der Warenverkehr mit der Ukraine.

WTB. Wien, 7. März. Im Ministerium des Aeußern haben unter dem Vorsitz des Botschafters Grafen Forgath Besprechungen stattgefunden, die der Ausführung über den Warenverkehr mit der Ukraine, insbesondere die der Regelung der Getreideeinfuhr betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages mit der Ukraine gelten. Bei den Verhandlungen, an denen die Vertreter der zuständigen österreichischen und ungarischen, sowie der gemeinsamen Zentralstellen nebst verschiedenen Sachverständigen teilnehmen, ist die deutsche Regierung durch den deutschen Botschafter Grafen Wedel, den Staatssekretär von Gräuenitz von der Reichsgetreidestelle Geh. Rat Wiedfeld, vom Reichswirtschaftsamt Wirkl. Geh. Legationsrat Boys, sowie noch andere Herren vertreten. Die Verhandlungen werden im Beisein von ukrainischen Delegierten fortgesetzt werden.

Finnland.

);(Berlin, 8. März. Zum „Frieden mit Finnland" schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.": Der auf beiden Seiten vorhandene Wunsch, die Verhandlungen im Geiste der Versöhnlichkeit und Verständigung zu führen, hatte den Verhandlungen in Berlin einen schnellen und glatten Verlauf gesichert. Als einzig rechtmäßige Regierung kam für Deutschland nur die in Betracht, die durch den finnischen Landtag zustande gekommen war. Mit ihren Vertretern ist daher jetzt der Friedensvertrag abgeschlossen worden. In den politisch für die Zukunft bedeutungsvollen Bestimmungen des Artikels 1 wird man die Grundlage zu einem neuen Ostseeabkommen zu sehen haben, das ähnlich dem Abkommen von 1908 den Randstaaten der Ostsee ihren Besitzstand garantiert. Was Schweden betrifft, so hat die deutsche Regierung der schwedischen Regierung wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland die schwedischen Interessen in der Frage des Aaland-Servituts anerkennt und dementsprechend die Angelegenheit in engem Einvernehmen mit Schweden zu lösen gedenkt. Artikel 30 läßt besonders auch erkennen, in welchem Geist die Lösung der alle Ostseestaaten gemeinsam betreffenden Fragen gefunden werden soll.

Die Unruhen in Irland.

)(Berlin, 8. März. Aus Rotterdam wird dem „Berl. L.-A." mitgeteilt: Marschall French traf in dem irischen Hafen Mewry ein. In einer Unterredung erklärte er, er müsse in Irland die Ordnung aufrechterhalten, wie das in ganz England gelungen sei.

)(Berlin, 8, März. Holländische Reisende sollen berichten, daß in Liverpool außergewöhnliche Truppenmengen liegen, die, wie es heiße, nach Frankreich verschifft werden sollten, in Wirklichkeit aber bereit gehalten würden in Erwartung einer Revolution in Irland.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen.

8. März: Adam Armbruster von Gengenbach, Vizefeldwebel hier, mit Pauline Zeickwolf von Rinklingen; Georg Fleck von Mannheim-Feudenheim, Tischler in Mannheim-Feudenheim, mit Margareta Benzinger von Mannheim-Feudenheim.

Todesfälle.

5. März: Emilie Jörg, 32 J., Ehefrau von Richard Jörg, Korbmachermeister. — 6. März: Fabian Axtmann, Wwer., 60 J.; Karl, 1 J. 2 Mt. 14 Tg., V. Paul Paschen, Hofschauspieler; Nanette Heck, 78 J., Ehefrau von Jakob Heck, Drehermeister. — 7. März: Hans, 1 Mt. V. Friedrich Hötzer, Schneider; Katharina Schwend, 73 J., ledig, Diakonisse; Ottilie Schulz, 51 J., ledig, Lehrerin.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wer einen wahrhaft deutschen Frieden wünscht, der trete der Deutschen Vaterlandspartei bei.

Beitrag mindestens 1 Mark. Meldung bei Geh. Rat **Boesser**, Sofienstraße 178 oder **Buchhandlung** von **Kundt, Linck, Metzler, Müller & Gräff.** 1280

Eintracht-Saal.

Montag, den 11. März 1918
abends 7½ Uhr:

Kammermusik-Abend

E. Weimershaus **H. Lüthje**
R. Feidner **J. Keilberth**

unter gütiger Mitwirkung des
Pianisten **Ludwig Kühn** (Pforzheim).

Vortragsfolge:

1. **Quartett Nr. 19 C-Dur (Köchel Nr. 465** . **W. A. Mozart.**
   a) Adagio Allegro; b) Andante cantabile; c) Menuetto-Allegretto; d) Molto allegro.
2. **Quartett op. 26, A-dur für Violine, Viola, Violoncello und Pianoforte** . . . . . **Johs. Brahms.**
   a) Allegro non troppo; b) Poco Adagio; c) Poco Allegro Scherzo; d) Allegro.
3. **Quartett op. 18 Nr. 1 (F-dur)** . . . . . **L. v. Beethoven.**
   a) Allegro con brio;
   b) Adagio Affettuoso ed appassionato; c) Scherzo, Allegro molto; d) Allegro.

Konzertflügel **Julius Blüthner** aus dem Lager des Herrn Hoflieferanten **L. Schweisgut.**

Eintrittskarten zu Mk. 3.—, **2.50** und **1.50** sind in der Hofmusikalienhandlg. **Fr. Doert,** Kaiserstr. 159 (Teleph. 638) und an der Abendkasse erhältlich. 1278

Saal ist geheizt.

Soeben erschien:

Ansprache

Seiner Großh. Hoheit des

Prinzen Maximilian von Baden

in der

öffentlichen Sitzung der Ersten Kammer

am 14. Dezember 1917.

Preis 25 Pfg.

Die Rede des Prinzen Max, die seinerzeit so viel Beachtung und Widerhall in allen Zeitungen fand, erscheint, durch die große Nachfrage veranlaßt, als Sonderdruck aus den Landtagsberichten im **Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei** hier. Prinz Max gibt einen klaren Ueberblick über die gegenwärtige Lage und über die Anfänge und Ursachen des Krieges und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen. Es ist also hiermit weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben, sich dieser warmen, ehrlichen Worte des Prinzen Max zu erfreuen, und es ist zu wünschen, daß seine bemerkenswerte Rede in recht viele Hände kommen möge.

Zu beziehen auch von der

Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung",
Karlsruhe, Hirschstraße 9
(bei unseren Trägerinnen erhältlich).

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:

Städt. Arbeitsamt

eine größere Anzahl kräftiger

Männer und Frauen

für verschiedene Betriebe bei der Stadtverwaltung.

Städtisches Arbeitsamt
Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe,
Zähringerstraße 100. A 13

AUSSTELLUNG

von

Ersatzsohlen, Lederersatzstoffen u. Kriegsschuhwerk

vom 5. bis 10. März 1918
in den Räumen des
Grossherzoglichen Landesgewerbeamtes Karlsruhe
Karl-Friedrichstrasse 17
Veranstaltet von der
Ersatzsohlen-Gesellschaft m. b. H., Berlin
(dem Reichswirtschaftsamt unterstellt).

Geöffnet von 10–5 Uhr ununterbrochen.
Eintritt frei! 7023

Wohnungs-Einrichtungen

Zur Besichtigung meines
großen, gut sortierten Lagers
lade ich titl. Publikum
:: ganz ergebenst ein. :: 1266

Holz-Gutmann
109 Kaiserstraße 109.

Abgängige Tiere

aller Art **kauft** K 1
Städt. Gartenamt Karlsruhe.

Klinische Untersuchungen

Magensaft — Urin — Auswurf — Stuhl — Sekret
Chem.-bakteriolog. Laboratorium Dr. Lindner, Karlsruhe, Kaiserstr. 86.

Die Städt. Brockensammlung
Baumeisterstr. 32
— Hinterhaus —
nimmt für die Bedürftigen der Stadt dankbar jede Gabe in Hausrat, Männer-, Frauen- und Kinder-Kleider, Wäsche, Stiefel 2c. entgegen. C 1

Eichen- u. Fichtenrinde

Ernte 1918, **kauft** zu festgesetzten Höchstpreisen jedes Quantum, fachkundige Aufkäufer erhalten hohe Einkaufsprovision 8040
Ernst Schenk, Lohmühle
Call i. d. Eifel.

Größere Quantitäten frisch gebrannte

Weiss-Stückkalk

an regelmäßige südd. Abnehmer
abzugeben.
Völklinger Dünger-Gesellschaft m. b. H.,
Saarbrücken 3. 1580

Entwickeln

von Platten und Films, Anfertigen von Copieen, Vergrößerungen, Reproduktionen 2c., übernimmt bei tadelloser Ausführung 1091
J. Lösch, Photog.-Handlung
Herrenstr. 35. Mitglied d. R.-S.-B

Städt. Arbeitsamt

Gesucht
werden
Köchinnen für Privat
Mädchen für alles
Mädchen z. Anlernen
sowie
Stundenfrauen
für häusliche Arbeiten
für sofort oder später
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, II. Stock

Wer National-

Kontrollkassen

verkaufen will, berichte Nummern und Preis unter 15006/II an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Darlehen

gewähre in jeder Höhe solventen Personen. Ia. Referenzen. **Ad. Fritz, Hamburg 24.** 15015
Tüchtige Vermittler gesucht.

Kriegsortsausschuss der Karlsruher Rasensportvereine.

Sonntag, den 10. März 1918,
nachmittags ½3 Uhr 1021
auf dem K.F.V.-Platze
gegenüber der Telegraphenkaserne:

Auslesespiel

zur Bildung der Karlsruher Städtemannschaft zwischen A- u. B-Mannschaft.

Großherzogl. Hoftheater. 9069

Freitag, den 8. März, C 41 (graue Karten).

Zum erstenmal:

Die gefährlichen Jahre.

Lustspiel in 3 Akten von Joh. Wiegand und Georg Ruselee.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Underberg

Wahlspruch:

SEMPER IDEM.

Underberg-Boonekamp wird nur noch unter der Bezeichnung

Underberg

in den Verkehr gebracht. Die alte anerkannt vorzügliche Qualität bleibt unverändert.

H. Underberg-Albrecht

RHEINBERG (Rhld.) • Gegründet 1846.

Hoflieferant Sr. Maj. d. Deutschen Kaisers, Königs v. Preussen.

Kammerlieferant Sr. Maj. d. Kaisers v. Oesterreich, Königs v. Ungarn.